

Olympia 2012

# Gold für den Profit, Silber für den Polizeistaat



Roland Rottenfuß

*Olympische Spiele – das bedeutet: Mehrere Städte der Welt bewerben sich um die Ehre, vom Olympischen Komitee gedemütigt zu werden. Das IOC fällt in betroffene Regionen wie eine Besatzungsmacht ein, die Behörden müssen vertraglich Fügsamkeit zusichern. Die heimische Wirtschaft bleibt außen vor, den Reibach machen internationale Markenfirmen. Olympische Spiele sind insofern verdichtete Zonen des globalen Kapitalismus, während nach außen der Nationalstolz der Völker genährt wird. Wie sich in London jetzt schon abzeichnet, werden die Spiele außerdem als Erprobungsphasen verschärfter Obrigkeits- und Überwachungsstaatlichkeit genutzt.*



**K**aum etwas hat stärker zum Mythos der griechischen Nation beigetragen als Olympia. Und kaum etwas hat größeren Anteil an der derzeitigen Existenzkrise des olympischen „Mutterlands“. Wie so oft, warben die Befürworter der Spiele von 2004 in Athen mit einer Belebung der Wirtschaft und einem Prestigegewinn für das ganze Land. Das Ergebnis acht Jahre danach ist bitter: Kein Wirtschaftswachstum, dafür 12 Milliarden Euro Schulden, die sich zu den schon damals erheblichen Staatsschulden dazuaddierten. Die „titanischen“ Sportstätten, die für das Event gebaut wurden, gammeln heute ungenutzt vor sich hin. Ihre Wartung kann sich das finanziell am Abgrund taumelnde Land nicht leisten. Es sei „*wie Himmel und Hölle*“ gewesen, sagte *Vassilis Sevastis*, Chef des griechischen Leichtathletik-Verbands. Im Klartext: Auf gut zwei Wochen Rausch folgte ein jahrelanger Katzenjammer.

Acht Jahre nach dem Desaster spuckt ein anderer europäischer Stadtvater große Töne: Londons Bürgermeister *Boris Johnson* verkündete, man werde „*die großartigsten Spiele in der großartigsten Stadt der Welt*“ veranstalten. Die nationalen Organisatoren versprachen: „*Jeder Sektor der Wirtschaft wird von den Olympischen Spielen profitieren*“. Kein nationalistischer Gemeinplatz ist den Sportpolitikern zu dümmlich, um ihr bröckelndes Ansehen mit Hilfe der Athleten aufzupolieren. Premier *David Cameron* machte Olympia 2012 zur Chefsache und verdoppelte das Budget für die prunkvolle Eröffnungszeremonie per Handstreich auf 81 Millionen Pfund. Die ursprünglich geplante „sparsame“ Vorgehensweise ist somit Geschichte. Laut Sky TV sind die Kalkulationen von anfangs 2,4 Milliarden Pfund auf 24 Milliarden angestiegen – das Zehnfache! Allein wegen eines geplatzten Immobiliendeals im Zusammenhang mit dem Bau des olympischen Dorfs zahlte der britische Steuerzahler 275 Millionen Pfund drauf.

### Kostenexplosion und Gentrifizierung

Die zuständige Ministerin *Tessa Jowell* sagte schon 2008: „*Wenn wir gewußt hätten, was wir heute wissen, hätten wir uns dann um die Spiele beworben? Mit Sicherheit nicht!*“ Wie das 60. Thronjubiläum der Queen wird Olympia der Stadt zwar Aufmerksamkeit bringen, doch das hilft den Menschen im Land, die wie fast überall unter der sozialen Spaltung stöhnen, kein bißchen. Im Gegenteil sagen Experten einen Tourismuseinbruch um 95 Prozent während der Spiele und einen langfristigen Rückgang der Großbritannien-Reisen über 2012 hinaus voraus. Das Geld, das die Politik in den Spitzensport investiert, fehlt für den Breiten- und Schulsport. Der typische Sportkonsument läßt siegen und vernachlässigt seine eigene Fitness. Wenn jemand durch den Wald joggt, bringt das keine Profite; starrt er dagegen auf einen Sportlerkopf, hinter dem die Logos von Markenfirmen prangen, rechnet sich das sehr wohl.

Vorangetrieben wird auch die Gentrifizierung weiter Teile Londons. Also die Generalüberholung von Stadtvierteln mit dem Ziel, die ursprünglichen, ärmeren Bewohner zu vertreiben und wohlhabende anzulocken. Makler und Vermieter haben im Dunstkreis der Spiele ihre Einkünfte auf Kosten der Wohnungssuchenden



drastisch erhöht. Manche Makler schreiben Klauseln in ihre Verträge, wonach Mieter ihre Wohnungen während der Spiele zu räumen hätten, damit sie teuer an Sporttouristen vermietet werden können. Rio de Janeiro ist im Vorfeld der Fußball WM 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2016 zu einer der teuersten Städte der Welt geworden. Es setzte ein Run auf die Häuser und Wohnungen ein. Die Favelas (Slums) der Stadt werden von der Polizei im Vorfeld der Sportereignisse gnadenlos geräumt.

### Letzter Platz für die Menschenrechte

Eine sündteure Show als Werbeumfeld auf Kosten der Steuerzahler; peinliche Nationaltümellei der Politiker; unfassbare soziale Härte gegenüber den Systemverlierern – leider ist dieses traurige „Maßnahmenbündel“ keine Seltenheit in der Welt der Großevents. Für den Eurovision Song Contest in Baku wurde von dem die Menschenrechte verachtenden aserbajdschanischen Regime ein teurer Schnulzentempel errichtet. Zuvor hatte man Anwohner aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Formel-1-Show in Bahrain wurde zu einem humanitären Desaster, nachdem das Regime mit ausufernder Gewalt und Folter auf Demonstrationen reagierte. Für die Winterspiele in Vancouver 2010 wurde Land von indischen Ureinwohnern für Ski- und Immobilienanlagen beschlagnahmt. Die Indigenen errichteten im Skiort Sun Peaks ein Protestcamp. Die Polizei griff hart durch und verhaftete 54 Protestierer.

Man muß nicht gleich Berlin 1936 bemühen, um festzustellen, daß Diktatoren jeder Couleur die Olympischen Spiele gern mißbrauchen, um sich international in einem rosigen Licht zu zeigen. Wegen Moskau 1980 gab es noch eine rege Diskussion, ob Boykotte angemessen seien. Peking 2008 ging dagegen fast unbehelligt über die Bühne, obwohl für die Spiele alle Obdachlosen wie Dreck von den Straßen gekehrt wurden. Es überrascht ja nicht, daß sich Diktatoren diktatorisch verhalten. Wirklich erschütternd ist jedoch, daß sich Demokratien anlässlich der Spiele jene menschenverachtenden Praktiken zu eigen machen, gegen die sie eigentlich ein Bollwerk bilden sollten. Die

Olympische Charta verlangt von jedem Gastgeberland, Demonstrationen in der Nähe der Sportstätten zu untersagen. Warum spielen die Regierungen „freier“ Nationen da mit?

### Die Willkürherrschaft des IOC

Erste olympische Disziplin ist lange vor der Vergabe der Spiele das Wettschleimen der Nationen gegenüber dem IOC. Das Olympische Komitee diktiert den Gastgeberländern kompromißlos seine Bedingungen. Schon anlässlich einer Bewerbung müssen die Ausrichterteile eine Garantie unterschreiben. Sie beinhaltet die Zustimmung zu einem künftigen Vertrag, den man im Detail noch gar nicht kennt. Grob gesagt besagen die Vertragsbedingungen, daß die Risiken und Kosten vom Steuerzahler zu tragen sind, während die Einnahmen an Sponsorenfirmen und Sportfunktionäre gehen. Juristen des Landes Salzburg sprachen anlässlich der Bewerbung für die Winterspiele 2014 von „sittenwidrigen Knebelverträgen“. Auch Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hielt die Verteilung von Kosten, Chancen und Risiken bei Verträgen mit dem IOC „für eine Zumutung“. Ude fügte aber hinzu, man könne da nichts machen. Selbst Barack Obama, der „mächtigste Mann der Welt“, müsse sich fügen, wenn er die Spiele nach Chicago holen wolle.

Das IOC gebärdet sich mithin als eine Art „Welt-Obrigkeit“ über den Regierungen – und alle spielen ergeben mit. Würde sich ein Bewerber zu sehr zieren, kann man sicher sein, daß drei andere Städte unbegrenzte Fügsamkeit zusichern. Die Autoren der Informationsseite „Nolympia“, die 2011 gegen die Olympiabewerbung Münchens mobil machte, nehmen daher kein Blatt vor den Mund: „Das IOC ist inzwischen eine reine Geldmaschine, die von industriellen Sponsoren und der Ausbeutung öffentlicher Haushalte lebt.“ Auch die martialischen Sicherheitsbestimmungen während olympischer Veranstaltungen werden von den Aktivisten harsch kritisiert: „Man muß feststellen, daß bei heutigen Olympischen Sommer- und Winterspielen ein militärisches und polizeiliches Aufgebot ohnegleichen eingesetzt wird, so daß die Wettkampfstät-

### Zog die Olympiabewerbung Roms zurück: Italiens Ministerpräsident Mario Monti



(Foto: Presidenza della Repubblica)

ten und deren Umgebung zu Hochsicherheitstrakten werden. Dabei werden Überwachungstechniken und -praktiken zum Einsatz kommen, welche die zivilen Rechte der Bürger entscheidend einengen und beschneiden.“

### Übungsfeld neuer Repressionstechniken

Konkret plant die britische Metropolitan Police – angeblich als Reaktion auf die August-Krawalle – eine stärkere Überwachung der Sozialen Netzwerke. Facebook, Twitter & Co. werden dafür verantwortlich gemacht, daß sich Randalierer

schnell und spontan zu Aktionen verabreden konnten. Daher will man jetzt Tools der Privatwirtschaft nutzen, mit deren Hilfe diese das Konsumverhalten von Käufern ausspionieren. Die Olympischen Spiele sollen dabei als wichtiges Testfeld dienen, wie es in einem Polizeibericht zu den „Riots“ von 2011 heißt. Nach den Spielen sollen die hier punktuell eingesetzten Überwachungssysteme englandweit und zeitlich unbegrenzt zur Anwendung kommen. Bekannt wurde auch, daß für Olympia 13.500 Soldaten in London stationiert werden sollen. Hinzu kommen mindestens 24.000 private Sicherheitskräfte. Diese werden für die Dauer des Events Polizeibefugnisse erhalten. Andere Quellen sprechen von bis zu 60.000 Sicherheitskräften insgesamt (einschließlich der „normalen“ Polizei).

Somit werden die Befugnisse von Militär von Polizei zunehmend vermischt, und auch die Grenzen zwischen staatlichen und privaten Aufgaben verschwimmen immer mehr. Es ist vorstellbar, daß die bewährte Repressions-Troika künftig auch bei sozialen Unruhen gegen die Bevölkerung eingesetzt wird. So viel Security gibt es natürlich nicht umsonst. Die „operationalen Kosten“ für Sicherheit haben sich laut dem britischen „Telegraph“ gegenüber der ursprünglichen Planung verzehnfacht. Zum Einsatz kommen Kräfte des Sicherheitskonzerns G4S, der zunehmend in ehemals staatliche Aufgabengebiete vordringt.

### Olympischer Polizeistaat

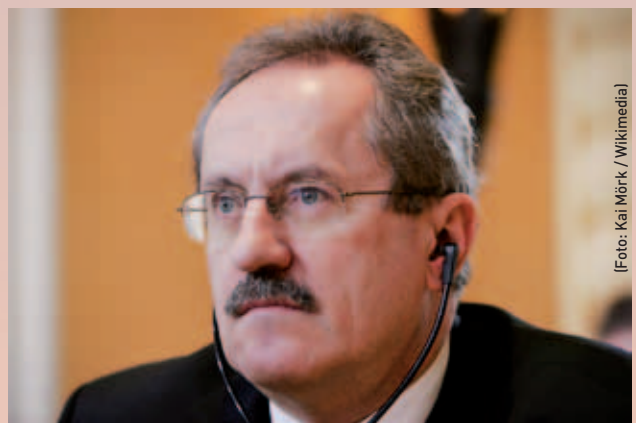
Staatliche Organe, speziell Sicherheitsbehörden, neigen dazu, ihre eigene Bedeutung aufzublähen und ihren Aktionsradius ständig zu erweitern, sofern sie nicht auf demokratische Gegenwehr stoßen. Dies geht notwendig auf Kosten der Freiheit und der Bürgerrechte. Macht hat wie Reichtum Suchtcharakter. Für beide gilt das Motto: Genug ist nicht genug. Massenereignisse bergen natürlich ein tatsächliches Gefährdungspotential, wie nicht zuletzt der Anschlag auf israelische Sportler in München 1972 zeigt; andererseits sind sie willkommene Übungsfelder für neue Repressionstechniken. Es sind Vorwände, um den Strick um den Hals der Bürger unmerklich noch ein Stückchen fester zuzuschnüren. Während Olympischer Spiele sieht eine Stadt für ein paar Wochen so aus, wie sich rechte Politiker die Welt generell wünschen: Gelenkte Menschenherden, bei jedem Schritt von Sicherheitskräften bewacht und von Kameras bespitzelt. Die Straßen blankpoliert und von „Gesinde“ gereinigt.

**A**nlässlich Olympischer Spiele zeigt sich der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus in konzentrierter, symbolisch verdichteter Form. Was wir im Kleinen rund um die Sportfeste beobachten können, gilt auch im Großen: Dies gilt für die Gentrifizierung der Städte, den Ausbau des Überwachungsstaats wie auch den Kommerz-Overkill. Die konzertierte Manipulation von Massenmedien,

Markenfirmen und Politik lockt die Menschen in Scharen in die Stadien und vor die Bildschirme. Es entsteht eine kollektive Hysterie, die den öffentlichen Raum über Wochen fast lückenlos beherrscht. Globale Konzerne profitieren durch exklusive Lieferträge für den Bedarf der Sportler und Zuschauermassen, aber auch durch beispiellose Werbepräsenz. Sie „präsentieren“ die großartigen Leistungen der Sportler, so als könne sich ein 100-Meter-Läufer ohne zuckrige Limonade keinen Zentimeter fortbewegen. Somit sind die Werbekunden Profiteure der oft unter Qualen erarbeiteten sportlichen Höchstleistungen und der ehrlichen Sportbegeisterung eines globalen Publikums.

### Die Notbremse ziehen!

Das Resümee auf der Seite „Nolympia“ ist bitter: „*Eigentlich sollte in heutigen Zeiten, wo die desaströsen Erfahrungen*



(Foto: Kai Mörk / Wikimedia)

**„Die Verteilung von Kosten, Chancen und Risiken bei Verträgen mit dem IOC ist eine Zumutung“.**

*Christian Ude, Oberbürgermeister München.*

mit Bewerbung und Durchführung von Olympischen Sommer- und Winterspielen hinlänglich bekannt sind, jeder Bürgermeister, der den Hut in den Ring der olympischen Bewerbung wirft, wegen Amtsmissbrauch abgesetzt werden.“ Einer wenigstens hat die Konsequenzen aus den Erfahrungen der Vergangenheit gezogen: Italiens Ministerpräsident *Mario Monti* zog Anfang 2012 die Bewerbung Roms für die Spiele 2020 zurück. Es ist das erste Mal, daß Olympische Spiele nicht am „No“ des IOC, sondern aufgrund einer Vernunftentscheidung der Politik scheitern. Solange es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, den Olympia-Heuschrecken Grenzen aufzuzeigen, können wir uns nur wünschen, daß Montis Beispiel Schule macht. ■